

# Besser integriert durch Arbeit

**Postulat** Die Fraktion Grüne/EVP möchte mit einem Vorstoss die Arbeitsintegration in beiden Basel optimieren

VON SEBASTIAN SCHANZER

An der heutigen Landratssitzung reicht die Fraktion Grüne/EVP ein Postulat zur verbesserten Integration von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen in den Arbeitsmarkt ein. Den nahezu gleichen Vorstoss reicht auch Annemarie Pfeifer von der EVP Basel-Stadt ein.

Die Baselbieter Landrätin Elisabeth Augstburger (EVP) möchte wissen, welche Ziele sich die Regierung bezüglich Arbeitsintegration von Flüchtlingen setzt und wie sie diese erreichen will. Dem Postulat schickt sie Zahlen des Staatssekretariats für Migration voraus, wonach nur 26 Prozent der anerkannten Flüchtlinge arbeiteten - und dies sieben Jahre nach deren Einreise. Nach zehn Jahren seien es 50 Prozent. Dies könne weder die Zugewanderten noch die Steuerzahlenden befriedigen.

Augstburger betreute unter anderem Kinder bei der Kontaktstelle für Migrantinnen und Migranten in Liestal und vermittelt Deutschkurse. Oft habe sie dort Kontakt mit Flüchtlingen, die über Langeweile klagen, erzählt sie auf Anfrage. «Die Menschen brauchen eine Tagesstruktur, sie können nicht einfach herumsitzen und nichts tun.» Besonders in der Gastronomie und der Landwirtschaft sieht Augstburger Tätigkeitsfelder für Asylsuchende.

## Arbeit statt Langeweile

Als gutes Beispiel der Arbeitsintegration führt sie die Bauernfamilie Eschbach in Füllinsdorf an, die seit Jahren - und derzeit durch ein Pilotprojekt des Bundes und des Schweizer Bauernverbandes - Asylsuchende beschäftigt. Zur Zeit seien drei Somalier in ihrem Betrieb angestellt. Die Flüchtlinge sollen ab dem zweiten Monat, den im Kanton

üblichen Mindestlohn erhalten. In der öffentlichen Diskussion um die Beschäftigung von anerkannten Flüchtlingen und vorläufig Aufgenommenen tauchen zuweilen Ängste auf, diese könnten Schweizern die Arbeit wegnehmen. Flüchtlinge seien aber kaum eine Konkurrenz für einheimische Arbeitslose. «Bei den Italienern waren wir auch froh, dass sie unsere Strassen bauten. Es gibt Arbeit, die wir gerne den Asylsuchenden übergeben», sagt Augstburger. Ihr geht es vorwiegend darum, dass die Menschen arbeiten können und dafür Wertschätzung erhalten.

## Flexibilität im Arbeitsmarkt

Auch Andreas Bammatter, SP-Landrat und Leiter des Arbeitsintegrationszentrums in Basel-Stadt hält nichts von der Forderung, einheimische Arbeitssuchende müssten grundsätzlich den ausländischen vorgezogen werden. Er

möchte alle Kräfte auf dem Arbeitsmarkt gleich behandeln und fordert von den Einheimischen mehr Flexibilität. «Es findet eine Art Völkerwan-

**«Die Menschen brauchen eine Tagesstruktur, sie können nicht einfach herumsitzen und nichts tun.»**

Elisabeth Augstburger EVP-Landrätin

derung statt, der Auseinandersetzung damit müssen wir uns stellen», sagt er.

Im Postulat möchte Augstburger auch wissen, wie weit die Planung des Pilotprojektes von Rolf Rossi, dem Baselbieter Asylkoordinator, fortgeschritten ist. Er möchte den Flüchtlingen die ersten Monate in der Schweiz erleichtern und arbeitet dafür an einem Konzept mit freiwilligen «Göttis» Helfer aus der Bevölkerung dienen den Zu-

wanderern als Ansprechpersonen in Alltagsfragen und entlasten dabei die kommunalen Sozialdienste. Rossi kündigte das Projekt im Mai dieses Jahres an und will es im Herbst den Gemeinden vorstellen.

## Besser in Privatwohnungen

Ebenfalls mit Flüchtlingen befasst sich eine dringliche Motion von Marie-Theres Beeler (Grüne): Sie fordert, die Regierung solle die Gesetze so ändern, dass man Flüchtlinge auch - mit entsprechender sozialpädagogischer Begleitung - in privaten Wohnungen unterbringen kann. Dies sei vor allem für alleinreisende Frauen und Familien nötig. Diese seien durch die Flucht oft traumatisiert und bedürften speziellen Schutz. Insgesamt müssten besonders verletzte Personen besser begleitet werden, um spätere Probleme - und Kosten - zu vermeiden.

## Liestal als Laufmekka

Hunderte Sportlerinnen und Sportler drehten gestern beim 32. Liestaler Stadtlauf im und um den Kantonshauptort ihre Runden. Einen Sieger oder eine Siegerin gabs in jeder Kategorie - Gewinner waren jedoch alle. Für die grösste Stimmung in der Rathausstrasse sorgten die Jüngsten, die Mädchen und Knaben. Auf dem Foto rennt die Kategorie Schüler 1 (Jahrgang 2004 und jünger) über 1300 Meter in Liestaler Altstadt um die Wette. Die Langstreckler liefen auf ihrem Parcours ins Oristal und brachten zwei grosse Runden hinter sich. (STZ)

FOTO: KENNETH NARS



## GASTKOMMENTAR zu den Sparmassnahmen an den Baselbieter Schulen

# Die Regierung will ihr Versprechen nicht halten

Gross waren im Jahr 2011 die Proteste der Schülerinnen und der Lehrpersonen, als der Regierungsrat die Massnahmen im Sparpaket 12/15 präsentierte. Ziel war damals unter anderem, die Lektionenzahl für die Lehrpersonen zu erhöhen, Brückengebote wie die Kaufmännische Vorbereitungsschule (KVS) abzuschaffen und dringende Renovationen von Schulhäusern zu sistieren.

Ich mag mich noch gut an jenen Dezembertag 2011 erinnern, als ich als Gymnasiast mit hunderten von Mitschülerinnen und Mitschülern und Lehrpersonen vor dem Regierungsgebäude gegen diesen unsäglichen Leistungsabbau demonstrierte. Die Demonstration hatte ihre Wirkung. Regierungsrat Ballmer ist mittlerweile zurückgetreten und ein grosser Teil der geplanten Massnahmen hatte vor dem Volk keine Chance. Doch der Regierungsrat liess nicht locker und brachte einzelne Massnahmen erneut ins Parlament. Darunter eine Erhöhung der Lektionenzahl für Nichtklassenlehrpersonen auf der Sek1 und Sek2.



Jan Kirchmayr

Der Autor vertritt die Juso Baselland in der Geschäftsleitung der Baselbieter SP und arbeitet zeitweise als Stellvertretungslehrer auf der Sek1-Stufe.

Somit müssen all jene Lehrkräfte, welche nicht Klassenlehrpersonen sind, pro Woche eine Lektion mehr unterrichten - dies zum gleichen Lohn wie bis anhin. Als Kompensation sollen die Lehrpersonen die zusätzliche Unterrichtsstunde in anderen Bereichen - etwa in der Schulverwaltung, Schulentwicklung und Teamarbeit - einsparen. An einem Baselbieter Gymnasium führte dies dazu, dass die Sportlehrpersonen auf die Organisation und Durchführung des Sporttages verzichteten.

Die vorgeschlagene Massnahme wurde vom Landrat gebilligt und als befristet bis 2015 «eingeführt». Nun möchte der Regierungsrat diese eigentlich zeitlich befristete Pensenerhöhung unbefristet weiterführen - und dies, obwohl sich bei einer durch die FHNW durchgeführten Evaluation ziemlich klar gezeigt hat, dass die Lehrerinnen und Lehrer unter der Erhöhung der Lektionenzahl gelitten haben und sich Unzufriedenheit und Frustration breitgemacht haben. Weiter ist die Bereitschaft, sich über den eigentlichen Unterricht hinaus am

Schulgeschehen zu beteiligen, in den vergangenen Jahren enorm gesunken.

Trotz diesem klaren Verdikt möchte der rechtskonservative Regierungsrat daran festhalten. Dies ist vollkommen unverständig. Sicher muss in finanziell

**«Die Studie der FHNW zeigt klar: Die betroffenen Lehrer leiden.»**

schwierige Zeiten jeder und jede seinen Beitrag leisten, doch die Sek1 und Sek2 Lehrpersonen haben während den vergangenen drei Jahren ihren Beitrag mit der zusätzlichen Pflichtstunde geleistet. Dass auch die Schulleitungen die Rücknahme der Pensenerhöhung begrüssen würden, weist umso mehr auf die Unzufriedenheit unter den Lehrpersonen über die Sparmassnahme hin.

Bei der Lektüre der Evaluation der Fachhochschule sollten die Alarmglocken geläutet haben. Es kann nicht sein, dass wir solche Massnahmen auf Kosten der Lehrpersonen und somit auch direkt auf Kosten der Qualität des Unterrichts hinnehmen müssen. Überlastete Lehrpersonen sind zudem noch viel Burn-out-gefährdeter. Dass der Regierungsrat eine auf drei Jahre befristete Massnahme nun unbefristet weiterführen will, zeigt klar auf, dass er ein falsches Versprechen gegeben hat und auf ihn anscheinend kein Verlass ist. Mit der begonnenen Umsetzung von Harmos und den stattfindenden nötigen Weiterbildungen und Ausbildungen sind zusätzliche Belastungen für Lehrerinnen und Lehrer nicht tragbar.

Es liegt jetzt am Regierungsrat und der neuen Bildungsdirektorin, die Lehrerinnen und Lehrer wieder zurück ins Boot zu holen und die unsägliche Sparmassnahme zu streichen. Es gibt im Kanton Baselland bestimmt bessere Orte um zu sparen, oder?